

Offener Brief der Zahnärzte des Landes Brandenburg an den Ministerpräsidenten Matthias Platzeck

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Landes Zahnärztekammer Brandenburg und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Land Brandenburg möchten Sie über einen Vorgang informieren, der bei den Zahnärzten in Brandenburg und auch bundesweit, vorsichtig formuliert, Befremden ausgelöst hat.

Mit Datum vom 11. August 2005 erhielten wir die Pressemitteilung der AOK für das Land Brandenburg zum Thema „Kostengünstiger qualitätsgesicherter Zahnersatz aus Polen“. Zwischenzeitlich erfolgte dazu die Veröffentlichung in der Lausitzer Rundschau am 22. August 2005 und 23. August 2005 in der Märkischen Oderzeitung.

Zu Ihrer Information legen wir Ihnen die Pressemitteilung der Märkischen AOK sowie das Rundschreiben der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Land Brandenburg bei.

Wir möchten an dieser Stelle etwas vorausschicken:

Die deutschen Zahnärzte und insbesondere die Brandenburger, sorgen sich wenig um Konkurrenz aus dem Ausland. Ganz im Gegenteil. Das zahnärztliche „Import- und Exportgeschäft“ ist seit Jahrzehnten durch deutlichen „Arbeitsüberschuss“ in Deutschland gekennzeichnet. Viele Bürger aus den Grenzregionen lassen sich in Deutschland behandeln; aus den Bereichen Schweiz, Frankreich, Benelux und Dänemark liegen dazu Zahlen vor, für die Bereiche Polen und Tschechien gibt es diese noch nicht. Allerdings haben wir aus Erhebungen vermehrt den Eindruck gewonnen, dass sich etliche polnische Bürger in Deutschland mit hochwertiger Zahnmedizin versorgen lassen.

Demzufolge könnte man eigentlich den Vorstoß der AOK als unwichtig für die brandenburgische Zahnärzte und ihre Patienten abtun, wäre da nicht die intensive AOK-Werbung für Zahnersatz aus Polen - beispielsweise im Hörfunk - die zu einer erheblichen Verunsicherung unserer Patienten führt.

Aus zahnmedizinischer Sicht wäre hierzu Folgendes anzumerken. Zahnersatz steht an der letzten Stelle einer zahnärztlichen Behandlungskette und kommt immer erst dann zur Anwendung, wenn alle Maßnahmen z.B. der Prophylaxe und Zahnerhaltung ausgeschöpft sind. Durch die intensiven Anstrengungen der deutschen Zahnärzteschaft hat sich dieser Zeitpunkt in den letzten Jahrzehnten weit nach „hinten“ verlagert. Überflüssig ist er jedoch noch nicht.

Zahnersatz gehört also immer in den gesamten Kontext einer Behandlung, er bedarf einer intensiven Vorbereitung und ständigen Nachsorge. Dies jedoch ist nur gewährleistet, wenn die gesamte zahnärztliche Behandlung in einer Hand bleibt. Demzufolge wäre es dann auch konsequent zu fordern, dass ein Patient seine gesamte zahnmedizinische Behandlung im Ausland durchführen lässt. Eine handwerkartige Herstellung von Zahnersatz, wie von der AOK angeboten, hat mit moderner Medizin nichts zu tun und schädigt auf längere Sicht die Zahngesundheit insgesamt.

Natürlich werden wir auch von Kollegen gefragt, mit welcher Berechtigung die Märkische AOK Beitragsgelder im vermeintlich billigeren Ausland ausgibt. Wir halten diese Entwicklung für sozial- und wirtschaftspolitisch verfehlt.

Selbstverständlich entstehen für die Versicherten beim Wechsel nach Polen Preisvorteile. Viele der Preisvorteile resultieren jedoch aus hier in Deutschland gewollten Vorschriften. Umfangreiche Qualitätssicherungssysteme, ausführliche Fort- und Weiterbildung von Zahnärzten und medizinischem Personal, die Einhaltung strenger Umweltvorschriften, wie das Trennen von Müll (Kreislaufwirtschaftsgesetz), kosten eben Geld.

Sollte das Angebot der AOK für das Land Brandenburg entgegen unserer Erwartung Schule machen, sehen wir zahlreiche Arbeitsplätze im mittleren zahnmedizinischen und Laborbereich gefährdet, was nicht im Sinne der AOK sein dürfte und den Betroffenen kaum zu vermitteln wäre.

Noch eine Hintergrundinformation zu dieser polnischen Gesundheitseinrichtung. Nach unserer Information handelt es sich bei der Firma Medpolska um die Münchner Firma „ME-DENT“.

Zum Schluss noch ein polnischer Aspekt: Die Versorgungsdichte mit Zahnärzten in Polen beträgt im Vergleich zu Deutschland ungefähr 40 Prozent, d. h. wenn Angebote wie das der AOK tatsächlich greifen würden, ginge dies zu Lasten der zahnmedizinischen Versorgung der polnischen Bevölkerung.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir bitten Sie, Ihren Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass solch medizinischer, ökonomischer und politischer Unfug unterbleibt.

Für ein Gespräch stehen wir Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Bundschuh
Vorsitzender des Vorstandes der KZVLB

Jürgen Herbert
Präsident der Landes Zahnärztekammer